

ÖVP-Bedenken zur Asylpolitik

JVP Steiermark fordert allgemeines Wahlrecht für Ausländer

Wien/Graz – Massive Liberalisierungen im Ausländerrecht forderte am Donnerstag ÖVP-Wissenschaftssprecher Christian Brünner, der die rechtsstaatlichen Prinzipien für Ausländer derzeit nicht gewährleistet sieht. Vor allem müßten Familienzusammenführungen erleichtert und Barrieren für Studenten abgebaut werden.

Brünner erinnert daran, daß die Zahl der Asylanträge seit Inkrafttreten des Asylgesetzes auf etwas mehr als 8000 pro

Jahr zurückgegangen ist, was weniger als einem Drittel des früheren Wertes entspricht. Die Abweisung eines Antrages aus Formalgründen hält der ÖVP-Jurist für verfassungswidrig.

Brünners Forderung nach einem leichteren Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft wurde am Donnerstag auch von der Jungen ÖVP Steiermark bekräftigt. Ausländer sollten nach drei Jahren das Gemeindewahlrecht und nach fünf Jahren das uneinge-

schränkte Wahlrecht für Landtags- und Nationalratswahlen erhalten, wünscht sich JVP-Landesobmann Josef Schrammel.

FPÖ-Sicherheitssprecherin Helene Partik-Pablé kündigte für kommende Woche einen Abänderungsantrag zum Aufenthaltsgesetz an, der die Rechtssicherheit der Antragsteller besser gewährleisten soll. Die Abgeordnete hofft, daß die anderen Fraktionen sich dem Antrag anschließen. (sitt, APA)

14.1.94